Maria Anastasiadis / Arno Heimgartner / Eva Sing

Partizipation und Soziale Arbeit

Abstract

Partizipation stellt ein grundlegendes Menschenrecht dar. Der folgende Beitrag versucht eine Systematisierung des Partizipationsbegriffs und bricht die Partizipationsinhalte auf verschiedene sozialpädagogische Kontexte herunter. Zunächst wird das Partizipationskonzept mittels Gesetzes- und Richtlinienbezügen gestützt, um in der Folge auf Partizipationsbereiche und -intensitätslevels einzugehen. Mit kritischen Kategorien wird versucht, der partizipativen Praxis Anregungen zu geben. Aus drei empirischen Studien zur Nachmittagsbetreuung, der Gemeinwesenarbeit und zu arbeitsmarktintegrativen Betrieben werden partizipative Handlungskontexte vorgestellt und damit die partizipative Praxis exemplifiziert.

1. Einleitung

Der Partizipationsbegriff erfährt aus individuellen und politischen Dimensionen neue Aufmerksamkeit. Individuell durchziehen Individualisierung und Flexibilisierung viele Bereiche unserer Biographien. Orientierungs- und Entscheidungsfragen schaffen eine neue Auswahl- und Mitbestimmungsmentalität, wodurch die Einzelne bzw. der Einzelne zur Konstrukteurin ihrer bzw. zum Konstrukteur seiner Alltagspraxis wird. Strukturen sind damit in geringerem Ausmaß unhinterfragte Konstanten. Sie werden zum Gestaltungsinhalt, weshalb Partizipation auch für das Abschütteln diktatorischer Prozesse steht, wie sie in den mitunter institutionalisierten Miniaturreichen der Gesellschaft noch immer präsent sind.

Politisch wiederum fordern die unter dem Schlagwort „New Governance" thematisierten Steuerungsformen ein höheres Maß an Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein. Die Demokratisierung des Staates bewegt sich dabei in einer Ambivalenz zwischen bürgerschaftlicher Rückgewinnung und neoliberaler Verantwortungsabgabe. Partizipation kann damit auch als programmatischer Rückgriff auf die Selbstverantwortungskräfte der Bürgerinnen und Bürger in Zeiten fortschreitender staatlicher Ressourcenverknappung gesehen werden (vgl. Guggisberg 2004).

Die Dynamik des Wissens und die Realität der Perspektivität wiederum bringen in einer konstruktivistischen Denkweise mit sich, dass sich Entwicklung im Marktsektor, in der Familie, in der Zivilgesellschaft und im Staat nur über Beteiligung angemessen realisieren lässt. Partizipation leitet sich demnach nicht nur aus einer Demokratiefun-

dierung ab, sondern basiert auch auf einer Qualitätsdiskussion in einer pluralen Gesellschaft mit heterogenen Zielen. Gleichzeitig besitzt das partizipative Methodenrepertoire mit den Möglichkeiten des Internets verblüffende Kommunikationsdynamiken, die sich für eine Kultur der kooperativen Gestaltung eignen.

In der sozialpädagogischen Disziplin trägt damit Partizipation die Hoffnung, dass Menschen in vielfach noch herzustellenden inklusiven Gesellschaften ihre Rollen in einer Weise wahrnehmen können, sodass etwa Politik, Kultur oder Arbeit nicht zu Diskriminierungs- und Exklusionsfeldern werden. Partizipation will damit die Prämissen der Demokratie und der Teilhabe einlösen. Aus einer Gouvernementalitätsperspektive geht es um das gemeinsame Regieren in der Lebenswelt mit lokaler bis zu globaler Relevanz in sozialen und politischen Bereichen, die damit in einem „Macht-Wissens-Apparat" (Maurer/Weber 2006, S. 26) zu verschmelzen neigen. Der emanzipative Anspruch auf Gleichberechtigung oder soziale Gerechtigkeit bekommt dadurch eine methodische Formel. Viele Konzepte der Sozialpädagogik wie etwa Aneignung oder Lebensweltorientierung kommen ohne diese Facette des authentischen Entwerfens der Wirklichkeit und dem aktiven Beteiligtsein in kollektiven Prozessen des gesellschaftlichen Lebens nicht aus. Partizipation kann so auch als paradigmatische Antwort auf durch die Globalisierung eingeleiteten Entfremdungs- und Ausgrenzungstendenzen gelesen werden, mit der neue Formen der Gemeinschaft, der lokalen Beteiligung und Solidarität be- und gelebt werden.

2. Das Recht auf Partizipation und Richtlinien zu partizipativem Vorgehen

Grundlegende Gesetzestexte enthalten das Recht auf Partizipation. Fundamental sind die Menschenrechte oder die UN-Kinderrechtskonvention zu nennen. Die UN-Kinderrechte fanden mit einzelnen Auslassungen im Jahr 2011 auch Eingang in die österreichische Bundesverfassung. In der UN-Kinderrechtskonvention, in der Partizipation gleichsam ein Grundprinzip ist, heißt es etwa im Artikel 12:

> „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife" (UN-Kinderrechtskonvention 1990).

Auf professioneller Ebene sind verschiedene Richtlinientexte formuliert, die von Sozialakteurinnen und -akteuren entsprechend partizipatives Vorgehen einfordern. Bedeutsam sind etwa die „Standards in Social Work Practice meeting Human Rights" der International Federation of Social Workers Europe. In ihnen ist die Partizipation in eine grundlegende demokratische Haltung einbunden, die mit „looking for adequate development conditions – economic, social, cultural – facilitating users participation at social and civil level in society" ausgelegt wird (IFSW o. J., S. 16). Interessant ist auch die vorgestellte Nähe zum Empowermentbegriff. Die Idee der Selbstbemächtigung kor-

respondiert mit der Forderung nach Teilnahme und Mitwirkung. Eine demokratische Praxis besitzt feministische und generell anti-kolonialistische Relevanz in Mikro- und Makrowelten:

> „‚Feminism' or better, sensitivity in view to justice in gender-relationships and ‚Anti-Colonialist' practice as a way to fight against oppressive or dominate strategies of groups, individuals or states" (ebd., S. 17 f.).

Verschiedene Standards brechen die Vorgaben zu partizipativem Handeln in spezifische Handlungsfelder um. Wie Quality4children (Q4C 2002) ausführt, geht es im Bereich Jugendwohlfahrt in diesem Zusammenhang um das Offerieren von Partizipationsmöglichkeiten und um die Kompetenzförderung, damit diese Möglichkeiten auch wahrgenommen werden können. Im Standard 11 von Q4C heißt es: „Das Kind wird befähigt, Entscheidungen aktiv mitzutreffen, die direkten Einfluss auf sein Leben haben". Die Rolle der Erziehung zur Unterstützung von Partizipation wird auch im Review of the European Sustainable Development Strategy zum Ausdruck gebracht (EU SDS 2006, S. 22):

> „Education can contribute to greater social cohesion and well-being through investments in social capital and by ensuring equal opportunities, citizens' participation especially of disadvantaged groups to achieve a higher degree of awareness and understanding of the complexity and many interdependencies in today's world."

Die Forderungen nach einer verstärkten Beteiligung in gesellschaftlichen Lebensbereichen gehen also einher mit dem Ausbau der Fördersysteme, die den Einstieg erleichtern. Mit dieser Wahrnehmung ist auch die Einsicht verbunden, dass Gesellschaft nur begrenzt partizipative Strukturen zur Verfügung stellt. Schröer (2008, S. 50) wirft etwa mit Blick auf die Kinder- und Jugendarbeit ein: „Spätestens an diesem Punkt ist zu fragen, inwieweit die Diskussionen um die Zukunft der Bürger- oder Zivilgesellschaft in Europa in der Kinder- und Jugendarbeit nicht offensiver aufgegriffen werden und der zivilgesellschaftliche Status von Kindern und Jugendlichen sowie die sozialräumlichen Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Österreich intensiver diskutiert werden können". Betz, Olk und Rother (2010, S. 277) sehen dahingehend insbesondere auf drei Ebenen Handlungsbedarf. (1) strukturelle Verankerung, d. h. Partizipationsmöglichkeiten sollen „bereits für kleine Kinder bis hin zu jungen Erwachsenen in allen Lebensbereichen und Handlungsfeldern nachhaltig abgesichert" werden, sodass Partizipation zur Kultur und nicht zum Projekt in Kindergärten, in den Schulen, in der Jugendarbeit, in der Jugendwohlfahrt wird, (2) Gesamtstrategie auf politischer Ebene, um „Prozesse und Entscheidungsmechanismen breiter anzusetzen" und (3) Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen, weil „diese Gruppen von jungen Menschen bislang in partizipative Projekte und Entscheidungsprozesse nur in geringem Maße eingebunden sind, zugleich aber der Einbezug von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Beteiligungsprozesse für die Erfahrung ihrer Selbstwirk-

samkeit und auch für ihre Identifikation mit einem demokratischen Gemeinwesen entscheidend ist".

3. Partizipationsbereiche

Wie Heimgartner (2009) ausführt, ist mit dem Partizipationsbegriff grundlegend der Gedanke einer Beteiligung an gesellschaftlichen Systembereichen verbunden, woraus sich die Frage nach den relevanten gesellschaftlichen Bereichen ableitet, die unter anderem für eine Überprüfung des Partizipationsausmaßes herangezogen werden. Daran reiht sich eine Diskussion an, welche gesellschaftlichen Bereiche differenziert werden können. Guggisberg (2004, S. 13) nennt vier Bereiche, nämlich politische Partizipation innerhalb demokratischer Staatsstrukturen, soziale Partizipation als Teilnahme am alltäglichen Geschehen wie Wohnen oder Einkaufen, ökonomische Partizipation mit der Beteiligung am Erwerbsleben und kulturelle Partizipation mit der Beteiligung an Aufführungen oder Festereignissen.

Wahrzunehmen ist eine Nähe zur Diskussion um verschiedene Kapitalformen aus der soziologischen Tradition (vgl. Lederer 2005). Auch die instrumentellen Freiheiten von Sen (2002, S. 52), nämlich politische Freiheiten, ökonomische Einrichtungen, soziale Chancen, Transparenzgarantien und soziale Sicherheit, haben einen ähnlichen Duktus. Der Begriff Teilhabe kennzeichnet dabei insbesondere die ökonomisch-materielle Seite der Partizipation. Die Folge dieser Bereichsfestlegungen sind Teilanalysen zu einzelnen gesellschaftlichen Bereichen. So arbeitet Schlögl (2011) eine differenzierte Partizipationswahrnehmung im Bildungsbereich aus und berücksichtigt dabei räumliche, geschlechtsspezifische, migrationsbezogene und schichtspezifische Disparitäten. Zur Diskussion stehen dabei insbesondere exkludierte, im Bildungsbereich bildungsferne Gruppen (vgl. Niederberger 2011).

Dass die Komplexität groß ist, zeigen spezifischere Differenzierungen. Für die Gliederung der zivilgesellschaftlichen Räume wurden etwa von More-Hollerweger und Heimgartner (2009) die Bereiche (a) Katastrophenhilfs- und Rettungsdienste, (b) Kunst, Kultur und Freizeit, (c) Umwelt, Natur und Tierschutz, (d) Kirchlicher und religiöser Bereich, (e) Sozial- und Gesundheitsbereich, (f) politische Arbeit und Interessenvertretung, (g) bürgerliche Aktivitäten und Gemeinwesen, (h) Bildung sowie (i) Sport und Bewegung unterschieden. Für das formale Engagement im Freiwilligenwesen legt Heimgartner (2010) eine Analyse zu den Ungleichheiten in Bezug auf Geschlecht, Bildung, Erwerbshintergrund, Alter und Urbanisierungsgrad für Personen über dem 14. Lebensjahr vor.

Eine vertikale Differenzierung unterscheidet in Bezug auf die Soziale Arbeit zwischen den vier Ebenen der Einzelfallentscheidung, der Leistungserbringung, der lokalen Gewährleistungsplanung und den sozialpolitischen Rahmenbedingungen (vgl. Schnurr 2001). Aus der Einrichtungsperspektive differenziert Zinser für die Kinder- und Jugendarbeit (2005, S. 158) „die Förderung der Partizipation innerhalb der Einrichtung, die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen bei der Einmischung in die eigene Lebenswelt und die aktive (Mit-)Gestaltung der kommunalen Partizipation".

4. Partizipationsintensität

Es können unterschiedliche Stufen der Partizipation unterschieden werden, in denen sich die Intensität der Partizipation manifestiert. Diese bezieht sich auf den prozessbezogenen, interaktiven Partizipationszugang, also die Beteiligung an sozialen Entscheidungs- und Handlungsprozessen. Klassisch ist die sogenannte „ladder of citizen participation" von Arnstein (1969):

> „The bottom rungs of the ladder are (1) Manipulation and (2) Therapy. These two rungs describe levels of ‚non-participation' that have been contrived by some to substitute for genuine participation. Their real objective is not to enable people to participate in planning or conducting programs, but to enable powerholders to 'educate' or 'cure' the participants. Rungs 3 and 4 progress to levels of 'tokenism' that allow the have-nots to hear and to have a voice: (3) Informing and (4) Consultation. When they are proffered by powerholders as the total extent of participation, citizens may indeed hear and be heard. But under these conditions they lack the power to insure that their views will be heeded by the powerful. When participation is restricted to these levels, there is no follow-through, no 'muscle', hence no assurance of changing the status quo. Rung (5) Placation is simply a higher level tokenism because the ground rules allow have-nots to advise, but retain for the powerholders the continued right to decide. Further up the ladder are levels of citizen power with increasing degrees of decision-making clout. Citizens can enter into a (6) Partnership that enables them to negotiate and engage in trade-offs with traditional power holders. At the topmost rungs, (7) Delegated Power and (8) Citizen Control, have-not citizens obtain the majority of decision-making seats, or full managerial power" (von Arnstein 1969, S. 2).

In der Tradition dieses Stufenmodells wurden Adaptationen vorgelegt. So finden Wright, Block und Unger (2007) die folgenden Bezeichnungen treffend: (1) Instrumentalisierung, (2) Anweisung, (3) Information, (4) Anhörung, (5) Einbeziehung, (6) Mitbestimmung, (7) Teilweise Übertragung von Entscheidungskompetenz, (8) Entscheidungsmacht und (9) Selbstorganisation. Bei der Instrumentalisierung und der Anweisung sehen sie keine Partizipation realisiert. Von der Information bis zur Einbeziehung sehen sie Vorstufen zur Partizipation. Partizipation ist demnach zwischen Mitbestimmung und Entscheidungsmacht angesiedelt. Selbstorganisation geht in ihrem Konzept über Partizipation hinaus. Eine komprimierte Form des Stufenmodells unterscheidet vier Stufen. Es sind dies Information, Mitwirkung, Mitentscheidung und Selbstverwalten (vgl. Lüttringhaus 2003). Das European Institute for public participation (EIPP 2009) hebt Partizipation in seiner Bedeutung ab und unterscheidet zwischen „information, consultation and participation".

Für Kinder und Jugendliche sind insbesondere die Sozialisationsinstanzen relevant. Partizipation in der Familie, in der Schule, in der Nachmittagsbetreuung, in der Jugendarbeit, in der Jugendwohlfahrt, in den Vereinen oder in den Medien stehen damit zur Diskussion. Quellenberg (2010) führt aus einer deutschen Studie auf Basis einer Befragung von Kindern an, dass 76 % der Kinder angeben, dass ihre Mütter vor einer Entscheidung, die sie betrifft, ihre Meinung zumindest häufig einholen. Bei Vätern finden dies 67 % der Kinder. Dagegen wirkt das Schulleben deutlich vorgegebener. Auf die

Frage der Mitbestimmung über das, was in den Schulstunden gemacht wird, befinden nur 17 % der Kinder, dass sie zumindest häufig mitbestimmen.

5. Problemfelder der Praxis und des Konzeptes der Partizipation

Grundsätzlich stehen die Bejahung von Partizipation und die Befürwortung eines Ausbaus von partizipativen Strukturen außer Frage. Gesellschaftliche Kollektive und Einrichtungen in allen Lebensphasen – Familien, Kindergärten, Schulen, Jugendarbeit, Jugendwohlfahrt, Universitäten, Betriebe, Vereine, Forschungsinstitutionen – haben für die Zukunft ihre Potenziale dahingehend zu prüfen. Verschiedene Argumentationen unterstreichen die Bedeutung der Partizipation, u. a. der Wert demokratischen Handelns, die Qualität kollektiven Tuns, Beteiligung als Aufbau von lebensrelevanten Kompetenzen, Partizipation als Akzeptanz von Diversity oder Partizipation als Ausdruck solidarischen Wirkens. Im Sinne einer kritischen Erziehungswissenschaft ist dennoch auch zu prüfen, inwieweit sich nicht auch kritische Wahrnehmungen und Entwicklungen finden. Im Folgenden werden solche Problemfelder einerseits des Partizipationskonzeptes und andererseits der Partizipationspraxis gleichzeitig angedacht:

a) Partizipation als Ausbeutung

Es macht einen Unterschied, ob Partizipation nur auf die üblichen Rollen und Handlungsprofile aufgesetzt wahrgenommen werden kann, also gleichsam im additiven Raum, oder ob Partizipation als integriert in die üblichen Handlungsabläufe und Alltagsgeschehnisse verstanden wird. In einer monetären Gesellschaft kann es nicht darum gehen, Beteiligung in die individuellen Zeitressourcen ohne Abgeltung zu verschieben.

b) Partizipation als Spielwiese

Auch wenn sich Partizipation üben lässt und mit Spielcharakter versehen werden kann, so ist doch stets die Frage zu stellen, inwieweit der freigegebene Raum die essentiellen Inhalte trifft. Grunddimensionen wie Zeitstrukturierung, Raumbezüge, soziale Beziehungen und essentielle Substanzen haben in Plänen und Entwicklungen zur Disposition zu stehen. Der Dachverband der steirischen Jugendarbeit (2009, S. 16) formuliert als Partizipationsstandard zudem, dass das Vorgehen nicht schon mit einer bestimmten Zielstellung verbunden ist, sodass Beteiligte instrumentalisiert und in den Dienst eigener Interessen gestellt werden: „Offenheit ist gerade der Kern von Partizipation."

c) Partizipation als Dominanzgefüge

Die Partizipationsdiskussion enthält auch die Note einer Klärung, was in unserer Gesellschaft wichtig ist. Wenn mit Exklusion argumentiert wird, steht dahinter ein gesellschaftliches Konzept über erwünschte Lebensbiographien. Es sind Statuskonzepte eines Teils der Gesellschaft, deren Ideale dabei zum Tragen kommen. Eine Bewertung eines einzelnen Lebensentwurfes ist damit stets abhängig von der eingenommenen Perspektive. Was als Arbeit akzeptiert ist, was als Kultur akzeptiert ist, was als Bildung akzeptiert ist, ist gesellschaftlicher Zankapfel. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere mit der

Argumentation der Nicht-Partizipation sehr behutsam umzugehen. Sie beruht stets auf gewählten Konstrukten und Ideen zu Lebensentwürfen.

d) Partizipation als Überantwortung

Der Grat zwischen einem solidarischen Miteinander, welches ressourcenorientiert die Subjektivität der bzw. des Einzelnen fördert, und einem entsolidarischen Nebeneinander, das sich auf die Eigenkräfte der bzw. des Einzelnen verlässt, ist schmal. Wenn ökonomische Ressourcen und Realisierungskompetenzen ungleich verteilt sind, was etwa angesichts der bestehenden Armutsgefährdung und differenten Lebensbedingungen virulent ist (vgl. BMASK 2011), dann ist zwar von einer gleichberechtigten Mitwirkung auszugehen, aber in der Umsetzungs- und Gestaltungsphase wird es darauf ankommen, sozial gerecht, öffentlich und sozialräumlich, also auch die marktwirtschaftlichen Potenziale nutzend, zu wirken.

e) Partizipation als Illusion

Die generelle Forderung von partizipativem Verhalten in allen relevanten Lebensbereichen scheint in dieser Weise nicht aufrechtzuhalten zu sein, denn angesichts der Spezialisierung der Lebensfelder und der damit verbundenen Wissensvorräte und angesichts der Komplexität der Zusammenhänge scheint ein „Sich-Sorgen-Um-Alles" überzogen. Die Dynamik zwischen Alltagsexpertise und Fachexpertise scheint eine situativ zu verhandelnde zu sein, sodass potenzielle Möglichkeiten zwar befürwortet werden können, aber in der Praxis dann nur ausgewählte Inhalte zu einem eigenen Partizipationsverhalten führen.

6. Partizipation in der Nachmittagsbetreuung

Von Gspurning, Heimgartner, Leitner und Sting (2010) wurde eine Studie zur sozialen Qualität in Nachmittagsbetreuungen und Horten mit Unterstützung des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank realisiert. Nachmittagsbetreuungen werden immer häufiger zum Lebensort von Kindern und sind daher von ihrer Bildungs- und Demokratieausrichtung von besonderem Interesse. Scheipl (1971, S. 235) erwähnt etwa schon früh die Relevanz der „Zeit für freie Selbstbetätigung":

> „Bei der organisatorischen Planung des außerunterrichtlichen Angebotes und Betätigungsfeldes hat die Ganztagsschule flexibel zu bleiben, um den Neigungen und den Interessen der Kinder entsprechen zu können, was nicht heißt, daß sie sich ihnen ausliefert."

Als eine wichtige Qualitätsdimension wurde die Partizipation analysiert, wie sie in den Einrichtungen praktiziert wird. Als Methoden wurden dafür die Gruppendiskussion mit den Kindern, das qualitative Interview mit den Betreuerinnen und Betreuern sowie die teilnehmende Beobachtung gewählt. Insgesamt wurden 16 Horte und 11 Nachmittagsbetreuungen in den Bundesländern Kärnten, Steiermark, Vorarlberg und Wien aufgesucht. Die teilnehmende Beobachtung wurde entlang eines Rasters an zwei Ta-

gen praktiziert. In allen Einrichtungen wurden Interviews und Gruppendiskussionen durchgeführt.

Partizipation wird in den Einrichtungen sehr unterschiedlich verwirklicht. Für die Auswertung wurde eine Differenzierung in formelle und informelle Partizipationsmöglichkeiten vorgenommen. Zu den angetroffenen formellen Formen zählen beispielsweise das Kinderparlament in einer Einrichtung und die häufiger anzutreffenden Sitzkreise, in denen Inhalte des Einrichtungsgeschehens diskutiert werden: Die Betreuerin charakterisiert das Kinderparlament, das monatlich und nach Bedarf stattfindet, folgendermaßen:

> „Indem wir uns z. B. beim Kinderparlament mit den Kindern absprechen. Das war jetzt vor zwei Monaten, da haben sie es sich gewünscht, sie wollen einen Tanzwettbewerb machen und den haben wir dann mit ihnen veranstaltet. Indem wir immer wieder mit den Kindern sprechen und uns Kommunikation generell wichtig ist und auch, dass die Kinder mit viel Wert behandelt werden. Sie melden sich auch gleich, das wünschen sie sich oder das wollen sie und dann kommen sie zu uns und dann wird das besprochen, ob es möglich ist, warum es vielleicht auch nicht möglich ist" (E27, A. 70-73).

Eine wichtige Frage bezieht sich darauf, inwieweit die Kinder auf die zeitliche Strukturierung des Nachmittagstags Einfluss nehmen können bzw. diese gestalten können. Die Einrichtungen differieren in diesem Punkt stark. Einige Einrichtungen geben einen zeitlichen Ablauf bzw. ein Programm durchgängig vor, indem etwa Essenszeiten, Lern- und Hausübungszeiten sowie begleitete oder freie Spielzeit dezidiert festgelegt sind. In einem Protokoll ist dazu etwa vermerkt: „Es gibt einen genauen Tagesablauf, der von den Pädagoginnen festgelegt ist" (B17, A. 133). Einige Betreuerinnen zeigen Flexibilität in der Handhabe eines vorgegebenen Zeitplanes und einzelne Einrichtungen stellen es den Kindern frei, ihre Zeit einzuteilen. Dies beginnt auch bei der Einnahme des Essens und setzt sich bei der Hausübungszeit fort. Am häufigsten besteht Wahlmöglichkeit in der freien Spielzeit:

> „Also den Freizeitablauf, oder die Zeit, wo sie mit dem Lernen fertig sind, können sie von uns aus wirklich frei gestalten. Höchstens, es gibt disziplinäre Probleme, dass man irgendetwas streichen oder verbieten muss, wenn es einfach nicht funktioniert" (E16, A. 40).

Im Detail gibt es zahlreiche Anlässe oder potenzielle Möglichkeiten der Mitbestimmung, Wahl des Raumes, Wahl ins abgegrenzte Freie zu gehen, Wahl in den Sozialraum zu gehen, Wahl des Essens, Essensregeln, Regeln im Lernraum, Auswahl der Spiele, Wahl der Kleidung beim Hinausgehen, Auswahl der sozialen Situation, Planung von Veranstaltungen, Ankauf von Materialien, Reparatur von Gegenständen, Mitsprache bei der Aufnahme von Personal usw. Mitbestimmung bedeutet nicht, dass die Betreuerinnen und Betreuer sich in diesem Fall zurückziehen. Bei inszenierten Tätigkeiten wird eben die Teilnahme freigestellt, wie aus dem Protokoll B 13 (A. 91) hervorgeht: „Kinder entscheiden selbst, ob sie bei inszenierten Aktivitäten mitmachen wollen oder nicht."

Demgegenüber steht das repressive Vorgehen: „Sie werden nicht nach ihren Wünschen gefragt. Alle müssen mitmachen" (B20, A. 103).

Eine relevante Dimension ist, ob Kinder zu ihrer Lebensgestaltung Pläne schmieden und Wünsche äußern. Eine Betreuerin sieht darin das eigene Interesse des Kindes: „Mir ist wichtig, wenn von den Kindern etwas kommt, dass man das aufgreift, weil das interessiert" (E26, A. 69). Mitunter lässt sich dies gleich realisieren:

> „Interessant ist, dass M. auf den Wunsch eines Mädchens, Gruselgeschichten zu erzählen, gleich eingeht und selbst ihren Beitrag dazu leistet, indem sie die Jalousien im Lernraum runterlässt und sich auf Wunsch der Kinder zu ihnen gesellt" (B22, A. 145).

Vielfach bedarf es bei partizipativem Vorgehen auch der Konsensbildung: „Die Kinder entscheiden (Mehrheitsentscheidung) ob sie die Freizeit im Garten oder im Gruppenraum verbringen wollen" (B6, A. 129). In einigen Einrichtungen wird in solchen Entscheidungssituationen unter den Kindern also auf ein demokratisches Abstimmen zurückgegriffen. Wenn die Betreuerinnen und Betreuer anderer Meinung als die Kinder sind, zeigt sich, in welcher Weise ein Aushandelungsprozess stattfindet und ob es gelingt zu einer Kompromisslösung zu kommen. In einem Beispiel findet sich die Annäherung der Standpunkte über die Dauer:

> „Die Pädagogin bestimmt trotz Widerwillen der Kinder, dass sie hinausgehen. Ihre Argumente: ‚die frische Luft', ‚sie waren eh bis jetzt drinnen, am Abend sind sie dann wieder drinnen, darum gehen sie jetzt hinaus'. Aufgrund der Proteste seitens der Kinder einigen sie sich schließlich darauf, nur ½ Stunde draußen zu bleiben" (B15, A. 60).

Dass Kinder sehr wohl wahrnehmen, wer die Entscheidungen trifft und ob sie selbst mitbestimmen dürfen zeigt sich etwa aus dem folgenden Auszug aus einer Gruppendiskussion, wobei mit N. die Pädagogin gemeint ist: „Interviewerin: Wer entscheidet denn eigentlich am Nachmittag, was ihr so macht? – Kind: N.". Manche sind sich auch über das Ausmaß im Klaren: „Interviewerin: Und was meinst du, J.? Findest du, dass ihr selbst viel entscheiden könnt oder ist es dir zu wenig? – Kind: Zu wenig." Wie uns die Kinder vielfach berichteten, bewegen sie sich gerne und dies bevorzugt in der Turnhalle oder im Freien. In vorgegebenen Grenzen besteht die Gefahr, dass dieses Bedürfnis unterdrückt wird, wie ein Kind schildert: „Zum Beispiel, wenn wir rausgehen, sagt sie einfach: ‚Reinkommen!' Und das ist wirklich wie im Knast. Man darf fast nie rausgehen" (G23, A. 280-284). Dieses Beispiel verweist in der Analyse wiederum darauf, dass die Ressourcen für die Einrichtungen zentral sind. Wenn genügend Personal zugegen ist, wenn genügend Räume zur Verfügung stehen, wenn ein aufgeschlossener und verkehrsberuhigter Sozialraum die Einrichtung umgibt, lassen sich partizipative Anregungen leichter verwirklichen.

7. Partizipation in der Gemeinwesenarbeit

Partizipation als ein bedeutender Begriff des 21. Jahrhunderts spielt speziell auch in der GWA eine zentrale Rolle bzw. kann als Basis für gemeinwesenorientiertes Arbeiten bezeichnet werden. Denn wo scheint es naheliegender, sinnvoller und notwendiger, dass sich Menschen beteiligen können, als in ihrem direkten (Wohn-)Umfeld? Dort sind sie die Expertinnen und Experten und werden von den Gemeinwesenarbeiterinnen und -arbeitern auch als solche wahrgenommen und respektiert. Niemand weiß besser über deren Probleme, Ängste und Wünsche Bescheid, als sie selbst. Durch die Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich diese mit ihren Anliegen ernstgenommen, sie vertreten eigene Interessen und entdecken neue Handlungsmöglichkeiten (vgl. Schnee/Kern 2004, S. 7).

Im Jahr 2009 wurde von Sing (2009) im Rahmen ihrer Masterarbeit eine österreichweite Studie zu Formen, Einrichtungen und Charakteristika der Gemeinwesenarbeit (GWA) durchgeführt und publiziert (vgl. Sing/Heimgartner 2009). Ein Meilenstein in der österreichischen GWA, da diesbezüglich wenig empirisches Material vorhanden ist. Im Rahmen der Studie wurden über 73 GWA-Einrichtungen gesammelt. Anhand eines Rasters beschrieben sich schließlich 41 Einrichtungen. Der Raster gliedert sich in 22 Beschreibungspunkte, wie beispielsweise Anschrift, Träger, Kurzbeschreibung, Zuständigkeitsbereich, Schwerpunktgruppen, Ziele, Methoden, Themen, Projekte, Erfolge, Ressourcen und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Einrichtungsbeschreibungen wurden vier Formen von GWA zugeordnet, wobei zu erwähnen ist, dass die Grenzen zwischen diesen fließend sein können. Demnach finden sich in Österreich integrative, aktivierende, bildende und koordinierende GWA-Einrichtungen, weshalb nicht von der GWA gesprochen werden kann. Entsprechend der Haltung und Arbeitsweise der jeweiligen Einrichtung erhöht bzw. senkt sich auch der Grad der Partizipation. Die GWA verfolgt das Ziel auch benachteiligten Menschen ihr Recht auf Selbst- und Mitbestimmung einzuräumen und sie zu einer autonomen Lebensführung zu aktivieren (vgl. Lüttringhaus 2004, S. 278; Spitzy 2000, S. 39). Dies strebt die GWA an, indem sie mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in einen Dialog tritt, mit ihnen interagiert, sie unterstützt und begleitet. Indem den Bewohnerinnen und Bewohnern die Möglichkeit zur Mitgestaltung und -bestimmung gegeben wird, können diese ihre Interessen kundtun und sich als Einflussgrößen in Bezug auf soziale, politische, ökonomische und kulturelle Prozesse wahrnehmen. Sie erleben dadurch, dass auch sie etwas an bestehenden Situationen verändern können (vgl. Gintzel 2005, S. 626 f.).

Dabei entstanden in den letzten Jahren zahlreiche Projekte. Ein Beispiel stellt das Projekt „Gemüsefeld: Sozialarbeit ist Feldarbeit" dar, welches vom Stadtteilzentrum Bassena Am Schöpfwerk initiiert wurde. Es ermöglicht Bewohnerinnen und Bewohner, sich durch die Gartenarbeit an der Gestaltung ihres Gemeinwesens zu beteiligen, über die Auswahl an benötigten bzw. erwünschten Pflanzen zu entscheiden und sich dabei im gemeinsamen Tun (neu) kennen zu lernen.

Wie Partizipationsansätze in den einzelnen Projekten und Prozessen umgesetzt werden können, also anhand welcher Methoden und zu welchem Grad, entscheidet sich

immer individuell und situationsbedingt. Zum einen entstehen GWA-Initiativen top-down, also von der Politik initiiert, zum anderen lebt die Szene der GWA von Bottom-up-Initiativen, die von engagierten Bürgerinnen und Bürgern vorangetrieben werden. Je nachdem ist auch der Grad der Beteiligung unterschiedlich hoch. In der österreichischen GWA-Szene findet Partizipation auf allen Stufen (vgl. oben) statt (vgl. Sing 2009; Lüttringhaus 2004a, S. 137).

Von den erhobenen GWA-Einrichtungen wurden über 50 methodische Zugänge genannt. Eine geeignete Methode zur Initiierung partizipativer Prozesse stellt beispielsweise die Aktivierende Befragung dar (vgl. Stoik 2004, S. 11 f.). Diese zentrale Methode der GWA dient dem Kennenlernen von Interessen, Wünschen, Ängsten, Sorgen und Hoffnungen der Bewohnerinnen und Bewohner eines Gemeinwesens. Sie regt an, sich auszutauschen, sich zusammenzufinden und sich gemeinsam für den Stadtteil einzusetzen. Wichtig dabei ist, dass sie im Laufe dieses Prozesses, der sich über einen langen Zeitraum erstrecken kann, professionell unterstützt und begleitet werden, wobei die Initiative immer von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst ausgehen sollte. Menschen engagieren sich dann für etwas, wenn es in ihrem eigenen Interesse liegt. Deshalb ist die Methode der Aktivierenden Befragung für die GWA prädestiniert, da sie auf direktem Weg mit den Bewohnerinnen und Bewohnern den Kontakt herstellt und so deren Bedürfnisse aus erster Hand klärt (vgl. Richers 2003, S. 57 ff.; Richers 2004, S. 110). Die Gemeinwesenarbeiterinnen und -arbeiter sind darum bemüht, die Handlungsfreiheit der Bewohnerinnen und Bewohner in keiner Weise einzuschränken, sondern sie bei all ihren Ideen zu unterstützen und in ihrer Handlungsfähigkeit zu fördern (vgl. Stoik 2002, S. 18).

Durch das Prinzip der Partizipation sollen Bürgerinnen und Bürger eine Berücksichtigung ihrer Interessen und Meinungen, Entscheidungs- und Handlungsfreiheit und somit Autonomie und Eigenverantwortung erfahren. GWA versucht der Politikverdrossenheit, Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner gegenüber politischen Themen und Entscheidungen entgegen zu wirken, indem sie deren Interessen und Anliegen ernst nimmt, sie mit Verwaltung und Politik vernetzt, bei der Organisation von Kommunikationsprozessen und der Aneignung von Einflussmöglichkeiten unterstützt und Meinungsbildungsprozesse in Gang setzt (vgl. Hinte 1996, S. 8). Beispielsweise hat das Stadtteilzentrum Bassena Am Schöpfwerk im Jahr 2008 anlässlich der Nationalratswahlen einen „Wahlzirkus" veranstaltet, bei welchem das Thema Politik zugänglich gemacht wurde (vgl. Stadtteilzentrum Bassena 2008).

Weiters gibt die Studie (vgl. Sing 2009) Einblick in strukturelle Beschaffenheiten. Die den Einrichtungen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten und deren Ausstattung beeinflussen den Grad der Niederschwelligkeit, die Größe von Veranstaltungen, den Raum für Projekt- und Gruppenarbeiten u. a. m. Und auch das Ausmaß an Personal hat Einfluss auf die Arbeit vor Ort. Grundsätzlich sind die GWA-Einrichtungen darum bemüht, ihre Teams interdisziplinär zusammenzustellen. Es zeigte sich, dass der Beruf der GWAlerin bzw. des GWAlers von unterschiedlichen Professionen wahrgenommen wird. So finden sich in den österreichischen GWA-Einrichtungen Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Pädagoginnen und Pädago-

gen, Landschaftsplanerinnen bzw. -planer, Kommunikationswissenschafterinnen bzw. -wissenschafter, Verkehrsplanerinnen bzw. -planer, Mediatorinnen bzw. Mediatoren u. a. m. Dies ermöglicht es ihnen auf örtliche und inhaltliche Gegebenheiten individuell einzugehen und der Vielfalt innerhalb eines Gemeinwesens gerecht zu werden.

GWA als Arbeitsprinzip kann als Haltung beschrieben werden, welche die GWAlerinnen und GWAler den Bewohnerinnen und Bewohnern entgegenbringen. Denn sie sind nicht diejenigen, die Partizipation gewähren, vielmehr stellen sie sich im Kampf um Teilnahmemöglichkeiten an die Seite der Bewohnerinnen und Bewohner. Vor allem bei BürgerInnenbeteiligungsprozessen, wie sie zur Zeit vorwiegend in der Stadtentwicklung zu finden sind, besteht allerdings die Gefahr, dass BürgerInnenbeteiligung lediglich „als Instrument professioneller Sozialtechnologie" eingesetzt wird, ohne dabei den Willen der Bewohnerinnen und Bewohner wirklich zu berücksichtigen (Hinte 2004, S. 230). Viel mehr werden diese Prozesse dann zur Legitimation von Ideen und Vorstellungen außenstehender Menschen benützt.

8. Partizipation in arbeitsmarktintegrativen Betrieben

Arbeitsmarktintegrative Betriebe[1] zählen seit den 1980er Jahren zu einer bedeutenden Säule der österreichischen aktiven Arbeitsmarktpolitik und bilden seither ein zentrales Handlungsfeld der Sozialen Arbeit, das angesichts bestehender Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Instabilitäten zunehmend an Relevanz gewinnt. Partizipation ist in diesen Organisationen mindestens in zwei Bereichen als grundlegendes Charakteristikum verankert: zum einen in der Förderung der sozialökonomischen Partizipation von arbeitsmarktfernen Personen und zum anderen in der partizipativen Unternehmenskultur und -struktur. Diese Partizipationspotenziale wurden von Anastasiadis und Mayr (2010) in einer österreichweiten Studie jener arbeitsmarktintegrativen Unternehmen, die in ökologischen Geschäftsfeldern tätig sind genauer betrachtet. Im Anschluss an explorative Interviews mit Expertinnen und Experten, die zur Charakterisierung dieser Organisationen dienten, konnten 150 identifiziert werden, wovon 61 (40 %) einen detaillierten Fragebogen zu ihren Unternehmenszielen, ihrer ökonomischen, sozialen und ökologischen Ausrichtung, ihrer Finanzierungs- und Beschäftigungssituation etc. beantworteten (vgl. Anastasiadis/Mayr 2010, S. 18 ff.).

Die partizipative Unternehmenskultur und -struktur manifestiert sich in den Antworten auf die Frage nach der Motivation der Gründung, die mehrheitlich bedarfsorientiert aus dem Engagement einzelner Akteurinnen und Akteure erfolgte, um Lücken zu füllen, die von staatlicher und privatwirtschaftlicher Seite hinterlassen werden. 22 von 59 Organisationen (37 %) führten dieses Motiv an. Dabei geht die Kooperation mit politischen Verantwortlichen für die Realisierung dieser Vorhaben als eine weitere zentrale Komponente hervor, denn ein knappes Drittel sieht sowohl private als auch politische Beweggründe als ausschlaggebend an (n=17; 29 %) (vgl. Anastasiadis/Mayr 2010, S. 26).

1 In Österreich werden diese oft als Sozialökonomische Betriebe oder Soziale Integrationsunternehmen bezeichnet. International werden sie als Work Integration Social Enterprises (WISE) definiert und diskutiert (vgl. Davister/Defourny/Gregoire 2004).

Das kollektive und bedarfsorientierte Gründungsmotiv gilt nach Borzaga und Defourny (2001, S. 16) als ein wesentliches Charakteristikum von Social Enterprises. Ein weiteres von den Autoren identifiziertes ist die Partizipation in der Mitbestimmung im Unternehmen. Dies lässt sich empirisch in der Wahl von eher als basisdemokratisch einzustufenden Organisationsformen abbilden. So sind rund zwei Drittel als Vereine organisiert (n=39; 64 %) und ein Drittel (n=20; 33 %) als gemeinnützige GmbHs, die häufig eine Beteiligung durch öffentliche Gebietskörperschaften aufweisen (n=11; 48 %) (vgl. Anastasiadis/Mayr 2010, S. 33). In diesen Angaben zeigt sich, dass die Unternehmen an der Schnittstelle zwischen öffentlichen Aufträgen und bevölkerungsnahen Angeboten handeln. Die partizipative und kooperative Unternehmenskultur und -struktur ist eine entscheidende Voraussetzung, um in den von Schnurr (2001) identifizierten Ebenen a) der Ausgestaltung sozialpolitischer Rahmenbedingungen mitzuwirken und b) bedarfsorientierte Angebote i. S. der lokalen Gewährleistungsplanung zu entwickeln, die auf die unterschiedlichen Problemlagen und Zugänge ihrer Adressatinnen und Adressaten abgestimmt sind.

Mit Blick auf die sozialökonomische Partizipation sind arbeitsmarktintegrative Betriebe bemüht, Perspektiven gegen Armut und soziale Ungleichheit zu schaffen, indem sie die aktive Arbeitsmarktintegration von schwer am Arbeitsmarkt vermittelbaren Personen fördern. Sie bieten sogenannte Transitbeschäftigungen im „zweiten Arbeitsmarkt" an, die zeitlich befristet und unter Einhaltung bestimmter Förderkriterien von öffentlicher Seite subventioniert sind. Begleitet durch soziale Betreuung und fachliche Qualifizierung wirken sie aktiv an der Waren- und Dienstleistungsproduktion im Unternehmen mit, wodurch sie gezielt auf eine Vermittlung in den „ersten Arbeitsmarkt" vorbereitet werden (vgl. Anastasiadis/Mayr 2010, S. 3). Damit leisten diese Organisationen einen wesentlichen Beitrag zur sozialen und ökonomischen Partizipation, die sich nach Guggisberg (2004) als Teilnahme am alltäglichen Geschehen wie Wohnen oder Einkaufen und als Beteiligung am Erwerbsleben ausbuchstabiert.

Die Relevanz dieser sozialen Zielstellung spiegelt sich in der Personalstruktur der in der Studie befragten Organisationen wider, die sich zu rund zwei Dritteln (64 %) aus diesen geförderten Transitmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zusammensetzt. Die zweitgrößte Gruppe, ein Fünftel (20 %) stellen qualifizierte Facharbeiterinnen bzw. -arbeiter und Sozialakteurinnen und -akteure (u. a. Sozialarbeiterinnen bzw. -arbeiter sowie Sozialpädagoginnen bzw. -pädagogen) dar, die für den Reintegrationsprozess verantwortlich sind. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Leitungsorgan machen 8,4 % aus. Weitere 4 % sind ehrenamtlich tätig. Lehrlinge (3 %) und Zivildiener (0,6 %) stellen einen geringen Anteil dar (vgl. Anastasiadis/Mayr 2010, S. 40). Gemäß den Angaben der Organisationen stellen die Qualifizierung der geförderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Bewältigung von individuellen Problemen und die Verbesserung des Lebensstils sowie die nachhaltige Vermittlung in den Arbeitsmarkt die zentralen Zielstellungen dar (vgl. ebd., S. 47). Mit Blick auf das Qualifikationsniveau der Adressatinnen und Adressaten verfügen beinahe drei Viertel (73 %) maximal über einen Pflichtschulabschluss, ein Fünftel (22 %) hat eine mittlere Ausbildung (z. B. Lehre) abgeschlossen und relativ wenige haben eine Höhere Schule (3 %), Akademie oder Universität (2 %) besucht. Die größte Gruppe der Transitbeschäftigten in den befragten

Unternehmen bilden langzeitarbeitslose Personen, die nicht den nachfolgenden Gruppen zuordenbar sind (48 %). 26 % sind Menschen mit Beeinträchtigungen, 12 % junge Menschen mit sozialen Einschränkungen und 9 % Frauen über 45 bzw. Männer über 50 Jahre. Andere Problemgruppen (z. B. Obdachlose, Haftentlassene, Suchtkranke etc.) bilden eine vergleichsweise kleine Gruppe bzw. sind in der Befragung der großen Gruppe der Langzeitarbeitslosen zugeordnet worden.

Die Organisationen wurden des Weiteren mittels offener Fragen zur Einschätzung der Zielerreichung befragt. Nach einer inhaltsanalytischen Betrachtung zeigte sich, dass Partizipation auf beiden genannten Ebenen als Grundprinzip gilt, der Realisierung jedoch aufgrund sich verändernder sozialpolitischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen deutlich Grenzen gesetzt sind (u. a. Gouvernance, Aktivierung, Globalisierung). Zum einen erschwert sich die gelingende Vermittlung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen durch die wirtschaftskrisenbedingte angespannte Arbeitsmarktlage. Vielfach können diese den steigenden Anforderungen nicht gerecht werden. Zum anderen divergieren die von der Arbeitsmarktpolitik definierten Zielvorgaben und Förderbedingungen (z. B. Vermittlungsquoten) zunehmend mit den an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten ausgerichteten Zielstellungen (z. B. personenbezogene Bewältigung multipler Problemlagen) (vgl. Anastasiadis 2011, S. 263). Als Perspektive ließen sich aus den Antworten folgende Aspekte herausschälen: die Einrichtung von zusätzlichen an die Arbeitsmarktlage angepassten Angeboten, die den Klientinnen und Klienten mit ihren individuellen Problemlagen Chancen und Perspektiven eröffnen, wie z. B. niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten oder neue Qualifizierungsmodelle, sowie die Schaffung von adäquaten Förderbedingungen, welche die Betreuungsqualität sicherstellen (vgl. ebd., S. 265). Entscheidend für solche Entwicklungen wird ein partizipatives Gestalten sein, ein kooperatives bedarfs- und realisierungssensibles Handeln zwischen den Organisationen und ihren primären Umwelten (Politik, Wirtschaft, Adressatinnen und Adressaten etc.).

Literatur

Anastasiadis, Maria/Mayr, Andrea (2010): ECO-WISE. Ecological Work Integration Social Enterprises. Bestandsaufnahme von Organisationen in Österreich, die sozial, ökonomisch und ökologisch handeln. Ergebnisbericht. Graz: Karl-Franzens-Universität Graz.

Anastasiadis, Maria (2011): ECO-WISE – Regionale Verankerung von nachhaltigen Social Enterpreneurs in Österreich. In: Jähnke, Petra/Christmann, Gabriela B./Balgar, Karsten (2011): Social Enterpreneurship. Perspektiven für die Raumentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 255-270.

Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: http://lithgow-schmidt.dk/sherry-arnstein/ladder-of-citizen-participation.html [07. 07. 2011]. (Originally published as Arnstein, Sherry R. (1969): "A Ladder of Citizen Participation". In: JAIP, Vol. 35, No. 4, pp. 216-224.

Betz, Tanja/Olk, Thomas/Rother, Pia (2010): Zwischen Absichtserklärungen und Partizipationswirklichkeit. Argumente und Empfehlungen zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. In: Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluto, Liane (Hg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag, S. 273-288.

BMASK (2011): Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Ergebnisse der EU-SILC 2009. Wien: BMASK.

Borzaga, Carlo/Defourny, Jacques (Hg.) (2001): The Emergence of Social Enterprises. London/New York: Routledge.

Dachverband der Offenen Jugendarbeit (2009): Partizipation in der Steirischen Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Graz: Steirischer Dachverband der Offenen Jugendarbeit.

Davister, Catherine/Defourny, Jacques/Gregoire Oliver (2004): Work Integration Social Enterprises in the European Union: An Overview of existing Models. Download http://www.emes.net/fileadmin/emes/PDF_files/PERSE/PERSE_04_04_Trans-ENG.pdf [06. 07. 2011].

EIPP (2009): Public Participation in Europe - An international perspective. Bremen: European Institute of Public Participation.

EU-SDS (2006): Review of the EU Sustainable Development Strategy. Brussels: Council of the European Union.

Gintzel, Ulrich (2005): Partizipation. In: Kreft, Dieter/Mielenz, Ingrid (Hg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 5. Auflage. Weinheim: Juventa, S. 626-631.

Gspurning, Waltraud/Heimgartner, Arno/Leitner, Sylvia/Sting, Stephan (2010): Soziale Qualität von Nachmittagsbetreuungen und Horten. Wien: LIT Verlag.

Guggisberg, Dorothee (2004): Partizipation in der Gemeinwesenarbeit. In: SozialAktuell, Heft 3, S. 13-16.

Heimgartner, Arno (2009): Komponenten einer prospektiven Entwicklung der Sozialen Arbeit. Wien: LIT Verlag.

Heimgartner, Arno (2010): Analysis and overcoming of a (possible) participation gap. Vortrag anlässlich der Tagung "Human Rights and Social Development – a Pathway to Sustainability" in Læsø (Denmark) vom 22. bis 25. September 2010.

Hinte, Wolfgang (1996): Mit Bürgern gemeinwesenbezogen arbeiten. Perspektiven und Visionen. In: Wendt, Wolf Rainer (Hg.): Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen. Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 96-111.

Hinte, Wolfgang (2004): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung: sich vorher einmischen anstatt nachher zu jammern. In: Hinte, Wolfgang (Hg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim: Juventa, S. 225-235.

IFSW (o.J.): Standards in Social Work Practice meeting Human Rights. Berlin: International Federation of Social Workers European Region e.V.

Lederer, Michael (2005): Gemeinsam oder einsam? Von der Funktion und Wirkung von Sozialkapital bei unterschiedlichen Theoretikern. Bregenz: Büro für Zukunftsfragen.

Lüttringhaus, Maria (2003): Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer: Grundvoraussetzungen für Aktivierung und Partizipation. In: Lüttringhaus, Maria/Richers, Hille (Hg.): Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn: Stiftung Mitarbeit, Kap. 2.2.

Lüttringhaus, Maria (2004): Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim: Juventa, S. 277-281.

Lüttringhaus, Maria (2004a): Verstärkt Partizipation Polarisierungsprozesse? Anmerkungen zu fördernden und behindernden Faktoren von Beteiligung und zur Bedeutung der Methode der Bewohnerversammlung. In: Gillich, Stefan (Hg.): Gemeinwesenarbeit. Eine Chance der sozialen Stadtentwicklung. Gelnhausen: Triga, S. 135-160.

Maurer, Susanne/Weber, Susanne M. (2006): Die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden. In: Weber, Susanne/Maurer, Susanne (Hg.): Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-36.

More-Hollerweger, Eva/Heimgartner, Arno (2009): Freiwilliges Engagement in Österreich. 1. Freiwilligenbericht. Wien: BMASK.

Niederberger, Karl (2011): Bildungsferne Jugendliche. In: BMASK (Hg.): 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien: BMASK, S. 119-132.

Quality4Children (2002): Standards für die Betreuung von fremd untergebrachten Kindern und jungen Erwachsenen in Europa. Innsbruck: SOS-Kinderdorf International.

Quellenberg, Holger (2010): Partizipation von Kindern in Familie und Schule – Eine Reanalyse des DJI-Kinderpanels. In: Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluto, Liane (Hg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag, S. 137-154.

Richers, Hille (2003): Aktivierende Befragung – Ziele, kritische Punkte und ihre Mindeststandards. In: Lüttringhaus, Maria/Richers, Hille (Hg.): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen. Nr. 29. Bonn: Stiftung Mitarbeit, S. 57-65.

Richers, Hille (2004): Die aktivierende Befragung als Basis für die Stärkung von Selbstorganisation in Stadtteilprojekten, Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement. In: Gillich, Stefan (Hg.): Gemeinwesenarbeit: Die Saat geht auf. Grundlagen und neue sozialraumorientierte Handlungsfelder. Gelnhausen: TRIGA, S. 109-118.

Scheipl, Josef (1971): Die Ganztagsschule als Problem und Aufgabe. Eine Analyse der sie bedingenden Faktoren. Inauguraldissertation zur Erlangung des Doktorgrades an der philosophischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität zu Graz.

Schlögl, Peter (2011): Bildungspartizipation – Bildungswege und Bildungswahl. In: BMASK (Hg.): 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien: BMASK: Wien, S. 97-118.

Schnee, Renate/Kern, Gottfried (2004): Aktivierung: Regie zwischen Lebenswelt und Politik. In: Stoik, Christoph/Posch, Johannes (Hg.): Akte Aktivierung. Aktivierende Methoden in der Gemeinwesenarbeit, in Stadt- und Regionalentwicklung, in Praxis und Theorie. Reihe Planung & Kommunikation, Band 5. Wien: Eigenverlag Büro PlanSinn, S. 7-10.

Schnurr, Stefan (2001): Partizipation. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied: Luchterhand, S. 1330-1345.

Schröer, Wolfgang (2008): Der politische Auftrag der Jugendarbeit in der Bürgergesellschaft. In: Verein Wiener Jugendzentren (Hg.): Partizipation. Wien: Wissenschaftliche Reihe des Vereins Wiener Jugendzentren, S. 48-53.

Sen, Amartya (2002): Ökonomie für den Menschen. 4. Auflage, München: DTV.

Sing, Eva (2009): Gemeinwesenarbeit in Österreich – Eine Bestandsaufnahme. In: Sing, Eva/Heimgartner, Arno (Hg.): Gemeinwesenarbeit in Österreich. Graz: Leykam, S. 77-98.

Sing, Eva / Heimgartner, Arno (2009): Gemeinwesenarbeit in Österreich. Graz: Leykam.

Spitzy, Christine (2000): Gemeinwesenarbeit – BürgerInnen arbeiten mit Profis. In: Roessler, Marianne/Schnee, Renate/Spitzy, Christine/Stoik, Christoph (Hg.): Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Wien: ÖGB, S. 31-44.

Stadtteilzentrum Bassena Am Schöpfwerk (2008): Wahlzirkus. In: www.bassena.at/content/site/sozialeinszenierung/wahlzirkus/index.html [21. 06. 2011].

Stoik, Christoph (2002): Partizipation braucht Methoden. In: See You. Zeitschrift der Wiener Jugendzentren, Heft 1, S. 18-19.

Stoik, Christoph (2004): „Die sind ja schon aktiv!" Die Aktivierende Befragung als Bottom-up-Methode in der Stadtteilarbeit. In: Stoik, Christoph/Posch, Johannes (Hg.): Akte Aktivierung. Aktivierende Methoden in der Gemeinwesenarbeit, in Stadt- und Regionalentwicklung, in Praxis und Theorie. Reihe Planung & Kommunikation, Band 5. Wien: Eigenverlag Büro PlanSinn, S. 11-20.

UN-Kinderrechtskonvention (1990): UN-Konvention über die Rechte des Kindes (dt. Fassung). In: http://www.kinderrechte.gv.at/home/upload/downloads/kinderrechtskonvention/un-konvention_ueber_die_rechte_des_kindes_deutsche_fassung.pdf [07. 07. 2011].

Wright, Michael T./Block, Martina/Unger, Hella von (2007): Stufen der Partizipation in der Gesundheitsförderung: Ein Modell zur Beurteilung von Beteiligung. Infodienst für Gesundheitsförderung, Heft 3, S. 4-5.

Zinser, Claudia (2005): Partizipation erproben und Lebenswelten gestalten. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 157-166.